

Liechtenstein: Frauen in der Politik noch immer stiefmütterlich behandelt

Damenwahl Frauen sind Männern in der Bevölkerung und bei den Wählern zwar zahlenmässig überlegen, im Landtag sind sie aber weiterhin klar in der Minderheit. Eine Frauenquote könnte Abhilfe schaffen, sagt Politologe Wilfried Marxer.

VON MICHAEL BENVENUTI

Durch den spektakulären Erfolg der Liste DU, die auf Anhieb 15,3 Prozent der Stimmen und 4 Mandate eroberte, trat ein anderer Aspekt der Landtagswahlen 2013 in den Hintergrund: Das im Vergleich zu den vorherigen zwei Wahlen bescheidene Abschneiden der Frauen. Gegenüber 2005 und 2009 büssten sie ein Mandat im Landtag ein und besetzen nur noch 5 der 25 Sitze. Mit einem Frauenanteil im Parlament von 20 Prozent liegt Liechtenstein weltweit auf Platz 66. Angeführt wird diese Rangliste von Ruanda (56,3 Prozent Frauen) vor Andorra (50 %) und Kuba (48,9 %).

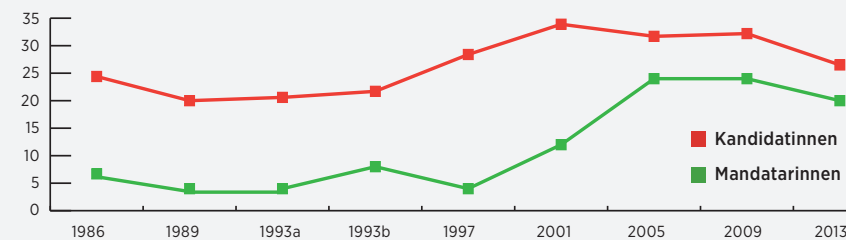
Frauen noch immer benachteiligt

Antworten auf die Frage, weshalb die heimische Politik noch immer stark männlich geprägt ist, liefert Politologe Wilfried Marxer in seinem aktuellen Arbeitspapier «Landtagswahlen 2013 - Frauen im Fokus». Der Direktor des Liechtenstein-Instituts kommt in seiner umfassenden Analyse zum Schluss, «dass Frauen in der Politik nach wie vor benachteiligt werden, auch wenn sich deren Wahlchancen tendenziell denjenigen der Männer annähern». Doch woher rührt dieses Ungleichgewicht? Sind Frauen politisch weniger engagiert, fehlt es am Interesse? «Ganz bestimmt nicht», sagt Marxer. «Die Chancen von Frauen, in eine politische Funktion gewählt zu werden, sind einfach geringer als diejenigen von Männern.» Das liege hauptsächlich daran, dass Frauen noch immer ein Imagedefizit hätten. Selbst mehr als ein Vierteljahrhundert nach Einführung des Frauenstimmrechts werde Politik mehr oder weniger als Domäne und Kompetenz der Männer angesehen.

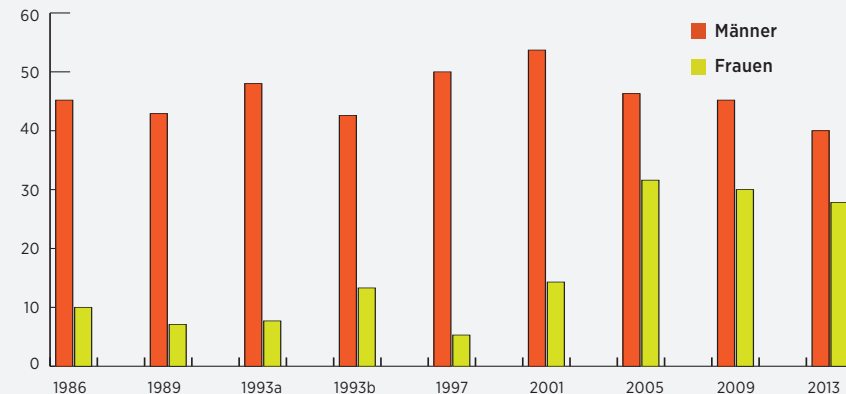
Zudem hätten Frauen das Handicap, dass sie öffentlich meist weniger präsent seien als ihre männlichen

Frauen im liechtensteinischen Landtag

Kandidatinnen und Mandatarinnen bei Landtagswahlen seit 1986 in Prozent



Erfolgsquote Männer und Frauen bei Landtagswahlen seit 1986 in Prozent



Quelle: Liechtenstein-Institut; Grafiken: «Volksblatt»/Benvenuti

Frauenanteil in Parlamenten

1. Ruanda	56,3 %
2. Andorra	50,0 %
3. Kuba	48,9 %
4. Schweden	44,7 %
5. Seychellen	43,8 %
6. Senegal	42,7 %
7. Finnland	42,5 %
8. Südafrika	42,3 %
9. Nicaragua	40,2 %
10. Island	39,7 %
11. Norwegen	39,6 %
13. Dänemark	39,1 %
14. Niederlande	38,7 %
17. Belgien	38,0 %
20. Spanien	36,0 %
25. Deutschland	32,9 %
28. Italien	31,4 %
31. Schweiz	29,0 %
34. Österreich	27,9 %
37. Frankreich	26,9 %
56. Grossbritannien	22,5 %
66. Liechtenstein	20,0 %
67. Saudiarabien	19,9 %
77. USA	17,7 %

Quelle: Interparlamentarische Union

Widersacher und zusätzlich von den Medien stiefmütterlich und einseitig behandelt und porträtiert würden. «Studien haben immer wieder gezeigt, dass Politikerinnen in den Medien marginalisiert und trivialisiert werden», schreibt Marxer in seiner Analyse. Frauen würden wegen geschlechtstypischer Berichterstattung zu ihrem Nachteil dargestellt: Ihre Privatsphäre, ihre familiäre Situation und ihr Aussehen stünden vielfach im Vordergrund, während männliche Politiker mit Sachfragen und Sachkompetenzen in Verbindung gebracht würden.

Dabei wäre laut Marxer eine höhere Frauenquote in der Politik absolut zu

begrüssen: «Dies würde das selbstbewusste Auftreten von Frauen fördern und auch das Bild der Politik verändern.» Es sei auch ein anderer Stil des Politisierens zu erwarten: «Frauen sind kompromissbereiter und weniger aggressiv als Männer.»

Politischer Wille entscheidet

Könnte auf dem Weg zur zahlenmässigen Gleichstellung eine verpflichtende Frauenquote helfen? «Quotenregelungen verkürzen den Prozess der Gleichstellung», behauptet Marxer. Allerdings sei eine gesetzlich verankerte Frauenquote in Liechtenstein sehr unwahrscheinlich: «Das würde als Zwang und Bevor-

mundung angesehen.» Es liege vielmehr an den Parteien, die nötigen Schritte zu setzen, fordert Marxer: «Eine Selbstverpflichtung könnte beispielsweise lauten, dass auf Wahllisten jedes Geschlecht mit mindestens 40 Prozent Anteil vertreten sein muss.» Zielführend wäre es, so Marxer, wenn alle Parteien nicht nur ein rhetorisches Bekenntnis zur Gleichstellung der Frauen und zur Förderung von Frauen in der Politik abgeben, sondern auch eine gemeinsame Strategie entwickeln würden. Dies scheine nur eine Frage des politischen Willens zu sein: «Das Gesetz verbietet nicht, dass mehr Frauen im Landtag sitzen.»